

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002230/2016
an die Kommission**

Artikel 130 der Geschäftsordnung

Cornelia Ernst (GUE/NGL)

Betrifft: "Forum der Internetdienstleister" zur Entfernung von Internetinhalten

Am 3. Dezember 2015 startete das „Forum der Internetdienstleister“. In der Gemeinschaft organisieren sich 21 Mitgliedstaaten, Europol, die Europäische Kommission, der Auswärtige Dienst und mindestens sechs Internetanbieter. Ziel ist die möglichst schnelle Beseitigung unliebsamer Internetinhalte und/ oder deren Beobachtung. So soll erörtert werden, „welche Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Propaganda im Internet und in den sozialen Medien eingesetzt werden können“. Kritiker wie die internationale Vereinigung von Bürgerrechtsorganisationen EDRi bemängeln, dass nun IT-Konzerne die „terroristische Nutzung des Internet“ reparieren sollten.

Was ist damit gemeint, wenn die Kommission oder Europol in Veröffentlichungen davon sprechen, die „proaktive“ Zusammenarbeit mit Internetanbietern zu suchen oder zu entwickeln, und welche „Joint Action Days“ mit dem Privatsektor sind hierfür geplant?

Inwiefern soll die Plattform zur polizeilichen Zusammenarbeit mit Internetanbietern auch dafür genutzt werden, gegen „hate speech“ im Internet vorzugehen, auch wenn diese keinen „extremistisch/ terroristischen Inhalt“ hat, und auf welche Weise wird auch gegen Verschlüsselung für „terroristische Zwecke“ vorgegangen?

Welche weiteren Treffen des „Forum der Internetdienstleister“ sind für 2016 geplant, wann soll die geplante „Roadmap“ vorliegen, und welche Reisen unternehmen oder unternehmen Angehörige der Kommission und Europol hierfür in 2016 in die USA?

E-002230/2016

**Antwort von Herrn Avramopoulos
im Namen der Kommission**

(28.6.2016)

Die Kommission verfolgt im Rahmen des EU-Internetforums, das in der Mitteilung „Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda im Hinblick auf die Bekämpfung des Terrorismus und die Weichenstellung für eine echte und wirksame Sicherheitsunion“¹ erläutert wird, einen kollaborativen Ansatz.

Die künftigen Maßnahmen, wie etwa die gemeinsamen Aktionstage (Joint Action Days) zur Gewährleistung eines einheitlichen Vorgehens in Bezug auf Meldungen sowie Workshops zum Austausch von Erkenntnissen über terroristische Propaganda und Meldeverfahren, werden in einem Fahrplan festgelegt, der im Rahmen des

¹ COM(2016) 230 final vom 20.4.2016.

Forums ausgearbeitet wird. Über die Veröffentlichung des Fahrplans wird entschieden, sobald er vorliegt. In diesem Jahr sind Vertreter der Kommission und von Europol zu Treffen in die USA gereist, um die Beziehungen mit bereits an dem Forum beteiligten Internetunternehmen zu vertiefen, Kontakte zu weiteren Unternehmen zu knüpfen und sich deren Engagements für die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Maßnahmenpakets im Rahmen des EU-Internetforums zu vergewissern.

Die Kommission verstärkt ihre Bemühungen zur Bekämpfung von illegaler Hetze im Internet in Zusammenarbeit mit Internetunternehmen, den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft. In der gemeinsamen Erklärung der außerordentlichen Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ vom März 2016 infolge der Terroranschläge in Brüssel wird Folgendes betont: „[D]ie Kommission wird die Arbeit mit IT-Unternehmen, insbesondere im Rahmen des EU-Internetforums, intensivieren, um der terroristischen Propaganda entgegenzutreten und bis Juni 2016 einen Verhaltenskodex gegen Hassreden im Internet zu entwickeln“. Am 31. Mai 2016 stellte die Kommission einen Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hetze im Internet vor, auf den sich Facebook, Microsoft, Twitter und YouTube verständigt hatten. Der Begriff der illegalen Aufstachelung zum Hass ist in einschlägigen EU-Rechtsvorschriften definiert².

Die EU-Meldestelle für Internetinhalte (IRU), eine Dienststelle des Europäischen Zentrums für Terrorismusbekämpfung, ist zuständig für die Koordination der Identifizierung öffentlich zugänglicher terroristischer und extremistischer Inhalte im Internet, für die Durchführung und Unterstützung von Meldungen sowie strategische und operative Analysen zur Unterstützung der zuständigen Behörden. Hetze fällt nicht in ihren Zuständigkeitsbereich.

² Rahmenbeschluss 2008/913/JI vom 28.11.2008.